

Offener Unterricht & Schul  
in Leipzig.  
Unterhalten werden alle  
Fortschritte und Hoch-  
schulungen des In- und  
Auslandes an.  
Hoch-Expositionen für die  
besetzten Staaten:  
H. A. Geyer,  
Dom 101. Köhler, H. J.  
G. H. Schneider,  
28 S. Markt str. eorn.  
Wohnung im. Gänge, 10.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Steuern  
12 Gr., für die übrigen  
deutschen Staaten 16 Gr.  
pro Quartal.  
Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postämtern auf den 2. u.  
3. Monat u. auf den 3. Mo-  
nat besonders angenommen,  
im Agr. Sachsen u. Preuß.  
Schl.-Landesburg auch auf  
den 1. Monat 1 5/8 Gr.  
angewandt.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 105.

Freitag, 31. Oktober.

1873.

## Abonnements auf den „Volksstaat“

für die Monate November und Dezember zu 10 2/3 Neu-  
größen werden bei allen deutschen Postanstalten, für  
Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch für  
November allein zu 5 1/2 Ngr., für Leipzig für November  
zu 6 Ngr. bei der Expedition Zeigerstraße 44, und bei Col-  
porteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-  
expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld zc.  
bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz  
und Lindenau zc. bei Frau Hohe, Rossmarkt Nr. 9, in Lindenau,  
für Connewitz zc. bei Teubert, Vornaische Straße 197, für  
Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst  
entgegengenommen.

Parteigenossen! ermüdet nicht, auch fernerhin allerorts nach  
Kräften zur Weiterverbreitung des Parteiorgans beizutragen.  
Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

## An die Parteigenossen!

Wie Euch aus Zeitungsnotizen bekannt geworden ist, werden  
die Wahlen zum Reichstage schon im Januar, spätestens An-  
fangs Februar 1874 stattfinden. Die Parteien unserer Gegner  
rücken sich, um den Wahlkampf in der gewohnten Weise für sich  
auszunutzen und vermittelst schöner Redensarten das arbeitende  
Volk nach wie vor vom Verfolg seiner wahren Interessen abzu-  
lenken. Unsere Partei, die sozial-demokratische Arbeiterpartei,  
hat dem gegenüber die erhabene, zugleich aber auch schwere Auf-  
gabe, für die Rechte des Volkes auf der Wacht zu stehen und  
den arbeitersfeindlichen Parteien die auf Täuschung abzielende,  
die Arbeiterausbeutung, den Egoismus und den Schwindel künst-  
lich verdeckende Maske unnachlässig vom Antlitz herunterzureißen.

Um dieser Aufgabe nach Möglichkeit genügen zu können,  
müssen auch wir uns bei Zeiten kampffähig machen. Wir haben  
uns dabei zuvörderst die alte Wahrheit „Einigkeit macht stark“  
in's Gedächtnis zu rufen und ihr entsprechend zu handeln. Die  
Mitglieder aller Orts müssen sich in einer Zeit, wie es die  
jetzige ist, mehr noch denn sonst als ein Ganzes fühlen, zumal  
es gilt, überall die Kräfte der Partei zu stärken und zu messen.  
In den Wahlkreisen, vor Allem in den vom Partei-Kongress  
besonders hervorgehobenen, müssen, sofern dies noch nicht ge-  
schehen ist, schnelligst Wahlcomité's gebildet und alle Schritte  
eingeleitet werden, welche uns zum Wahlsiege dienlich sind. Die  
Wahlcomité's haben sich sofort mit dem unterzeichneten Aus-  
schusse bezüglich der Agitation in Verbindung zu setzen, um so  
ein planloses Wirken von vornherein auszuschließen. Wer sich  
berufen fühlt zur Agitation, sei es im engeren oder weiteren  
Kreise, der wird ersucht, sich dem Ausschuss oder einem Wahl-  
comité zur Verfügung zu stellen, um dann an geeignetem Orte  
für die Grundsätze und die Candidaten der Partei zu wirken.

Doch es ist nicht genug, den Willen für die Wahlagitation  
der Partei zu haben, es gehört auch die Möglichkeit dazu, diesen  
Willen bekräftigen zu können. Hier begegnen wir einer anderen  
Wahrheit: „Ohne Geld kein Sieg!“

Parteigenossen! Ihr alle, Mann für Mann, habt Euch  
diese Wahrheit vor Augen zu führen, Eure Opferwilligkeit wird  
dann die altbewährte sein und Ihr werdet nicht zögern, die  
Ansammlung von Geldern für den Partei-Wahlfond energisch  
in Angriff zu nehmen. Erinnerung Euch daran, daß der Congress  
die Begründung des Wahlfonds dem Ausschuss zur Pflicht ge-  
macht hat und zwar in der Erkenntnis, daß das Geld für die  
Wahlagitation nicht in einzelnen Ortsklassen zerstreut und so  
nicht selten todt liegen, sondern zusammenschließend in eine  
Kasse von hier aus auf die wichtigsten Agitationspunkte be-  
fruchtend verwendet werden soll.

Wir fordern Euch nun auf, die ausgesandten Listen in  
Eurem Freundeskreise, sei es im Hause oder in der Werkstatt,  
in Umlauf zu setzen und dabei die Bedeutung der Wahl für die  
Verbreitung unserer Principien allen Gesinnungs- und Arbeits-  
genossen an's Herz zu legen.

Arbeiter, Partei- und Gewerkschaftsmitglieder! Jeder von Euch  
wird zur Wahl seine Schuldbiligkeit thun, das erwarten wir. Daß  
Ihr in den Partei- und Arbeiterversammlungen in nächster Zeit  
stets den Wahlfond befürworten und demselben nach Kräften  
Beiträge zuwenden werdet, halten wir für selbstverständlich. Die  
gute Sache, für die unsere Partei im Vordertreffen steht, wird  
Euch begeistern und erkennen lassen, daß sie im breiten Strom  
des Begehrtes nur gefördert werden kann, wenn wir Alle  
für sie eintreten und so den Förderungsmitteln unsererseits einen  
Werth verleihen, der die ererbte Macht unserer Gegner tief in  
Schatten stellt.

Vorwärts, Parteigenossen, zu neuer Thätigkeit und durch sie  
zu neuen Erfolgen!

Hamburg, 30. Oktober 1873. Der Ausschuss.  
J. A. Rud. Praas. Aug. Seib, Röhdingmarkt 12.

Die Listen für den Wahlfond sind den Vertrauensmännern unterm  
heutigen Tage zugesandt worden.  
Alle Gelder für den Wahlfond sind nebst den Listen an den Partei-  
assistenten H. Brümker, kleiner Schäferlamp 34, Hamburg, einzusenden.  
Quittung über die Beiträge zum Wahlfond wird außer in der  
Partei-Rechnung auch im „Volksstaat“ geleistet.

## Die Bakunisten an der Arbeit.

Deutschschrift über den letzten Aufstand in Spanien  
von Friedrich Engels.

Der so eben veröffentlichte Haager Commissionsbericht über die  
geheime Allianz Michael Bakunin's (siehe die Artikel: Cagliostro  
Bakunin in Nr. 87 und folgende des „Volksstaat“) hat der Ar-  
beiterwelt das geheime Treiben, die Schurkerei und das hohle  
Phrasengelingen dargelegt, vermittelst dessen die proletarische Be-  
wegung dem aufgeblähten Ehrgeiz und den selbstischen Zwecken  
einiger verkommenen Genies dienstbar gemacht werden sollte. In-  
zwischen haben diese Verrückten uns in Spanien Gelegen-  
heit gegeben, auch ihre praktische Revolutionsthätigkeit kennen zu  
lernen. Sehen wir, wie sie ihre ultra-revolutionären Phrasen von  
Anarchie und Selbstherrlichkeit, von Abschaffung aller Autorität,  
besonders der staatlichen, von sofortiger und vollständiger Emanci-  
pation der Arbeiter verwirklichen. Wir sind dazu jetzt endlich im  
Stande, da uns außer den Zeitungsberichten über die Ereignisse  
in Spanien jetzt auch der von der Neuen Madrider Föderation  
der Internationalen an den Genfer Congress eingesandte Bericht  
vorliegt.

Es ist bekannt, daß in Spanien bei der Spaltung der Inter-  
nationalen die Mitglieder der geheimen Allianz die Oberhand be-  
hielten; weitaus die größere Mehrzahl der spanischen Arbeiter  
hing ihnen an. Als nun im Februar d. J. die Republik pro-  
klamirt wurde, kamen die spanischen Allianzisten in eine sehr  
schwierige Lage. Spanien ist ein in der Industrie so sehr zurück-  
gebliebenes Land, daß dort von einer sofortigen vollstän-  
digen Emancipation der Arbeiterklasse noch gar nicht die Rede sein kann.  
Ehe es dahin kommt, muß Spanien noch verschiedene Vorstufen  
der Entwicklung durchmachen und eine ganze Reihe von Hinder-  
nissen aus dem Wege räumen. Den Verlauf dieser Vorstufen in  
die kürzestmögliche Zeitdauer zusammen zu drängen, diese Hinder-  
nisse rasch zu beseitigen — dazu bot die Republik die Gelegenheit.  
Diese Gelegenheit konnte aber nur benutzt werden durch thätiges  
politisches Eingreifen der spanischen Arbeiterklasse. Dies sollte  
die Masse der Arbeiter; sie drang überall darauf, daß man sich  
an den Ereignissen beteilige, daß man die Gelegenheit zum Handeln  
benutze, statt wie bisher, den bestehenden Klassen das Feld für ihre  
Aktion und ihre Intriguen frei zu lassen. Die Regierung schrieb  
die Wahlen aus zu den konstituierenden Cortes; welche Stellung  
sollte die Internationale nehmen? Die Häupter der Bakunisten  
waren in der größten Verlegenheit. Eine fortgesetzte politische Un-  
thätigkeit erschien von Tag zu Tag lächerlicher und unmöglicher;  
die Arbeiter wollten „Thaten sehn.“ Andererseits hatten die  
Allianzisten seit Jahren gepredigt, daß man an keiner Revolution  
sich beteiligen dürfe, die nicht die sofortige volle Emancipation  
der Arbeiterklasse zum Ziel habe; daß die Vornahme irgend welcher  
politischen Handlung die Anerkennung des Staats, dieses Prinzips  
des Bösen in sich schließe, und daß daher namentlich die Theil-  
nahme an irgend welcher Wahl ein todeswürdiges Verbrechen sei.  
Wie sie sich aus dieser Klemme zogen, lehrt der angeführte Ma-  
drider Bericht:

„Dieselben Leute, welche den Haager Beschluß über die politische  
Haltung der Arbeiterklasse verwarfen und die Statuten der Ass-  
ociation mit Füßen traten, und damit den Zwiespalt, den Kampf  
und die Unordnung in die spanische Internationale einführten;  
dieselben Leute, die die Schamlosigkeit hatten, uns in den Augen  
der Arbeiter als ehrgeizige Stellenjäger darzustellen, welche unter  
dem Vorwand die Arbeiterklasse zur Herrschaft zu bringen sich selbst  
die Herrschaft erobern wollten; dieselben Leute, die sich autonome,  
anarchische Revolutionäre u. s. w. nennen, haben sich bei dieser  
Gelegenheit mit Eifer darauf geworfen, in Politik zu machen, aber  
in der aller schlimmsten, in der Bourgeoispolitik. Sie haben nicht  
dafür gearbeitet, der Arbeiterklasse die politische Macht zu ver-  
schaffen — diese Idee verabscheuen sie im Gegentheil — sondern  
einem Abenteuerern, Ehrgeizigen und Stellenjägern beistehen, und sich  
intransigente (unversöhnliche) Republikaner nennt.“

„Schon am Vorabend der allgemeinen Wahlen für die Kon-  
stituante verlangten die Arbeiter von Barcelona, Alcoy und andern  
Orten zu wissen, welche Politik die Arbeiter zu befolgen hätten,  
sowohl im parlamentarischen Kampf wie in jedem andern. Es  
würden deswegen zwei große Versammlungen abgehalten, die eine  
in Barcelona, die andere in Alcoy; auf beiden stimmten sich die  
Allianzisten mit allen Kräften dagegen, daß man die von der  
Internationalen (der ihrigen nota bene) zu beobachtende politische  
Haltung feststelle. Man beschloß also, daß die Internationale,  
als Association, durchaus keine politische Thätigkeit  
auszuüben habe, daß aber die Internationalen, jeder für  
sich, handeln möchten wie sie wollten und sich jeder  
ihnen gutdünkenden Partei anschließen könnten, kraft  
ihrer famosen Selbstherrlichkeit! Und was war die Folge der An-  
wendung einer so abgeschmackten Lehre? Daß die große Masse der  
Internationalen, mit Einschluß der Anarchisten, sich an den Wahlen  
betheiligte, ohne Programm, ohne Fahne, ohne eigene Kandidaten,  
und so dazu beitrug, daß fast ausschließlich Bourgeoisrepublikaner  
gewählt wurden. Nur zwei oder drei Arbeiter kamen in die Kam-  
mer, Leute, die absolut Nichts repräsentiren, die nicht ein einziges  
Mal die Stimme erhoben haben zur Verteidigung der Interessen  
unserer Klasse und die ganz gemüthlich für alle von der Majorität  
vorgelegten reaktionären Vorschläge stimmen.“

Das kommt von der bakunistischen „Enthaltung von der  
Politik“. In ruhigen Zeiten, wo das Proletariat von vornherein  
weiß, daß es doch höchstens einige wenige Vertreter ins Parlament  
bringt, und daß ihm die Erlangung einer parlamentarischen  
Majorität gänzlich abgeschnitten ist, mag es hier und da gelingen

die Arbeiter glauben zu machen, es sei eine große revolutionäre  
Handlung, bei den Wahlen zu Hause zu bleiben und überhaupt,  
statt des Staats in dem man lebt, und der Einen bedrückt, den  
Staat als solchen anzugreifen, den Staat im Allgemeinen, der  
nirgends existirt, und der sich also auch nicht wehren kann. Es  
ist das namentlich eine prächtige Art, revolutionär zu thun, für  
Leute, denen das Herz leicht in die Hosen fällt; und wie sehr die  
Führer der spanischen Allianzisten zu dieser Sorte gehören, weist  
die Anfangs angeführte Schrift über die Allianz im Einzelnen nach.

Sobald aber die Ereignisse selbst das Proletariat in den Vorder-  
grund drängen, wird die Enthaltung eine handgreifliche Abge-  
schmacktheit, das thätige Eingreifen der Arbeiterklasse eine unab-  
weisable Nothwendigkeit. Und dies war in Spanien der Fall.  
Die Abdankung Amadeo's hatte die radikalen Monarchisten von  
der Macht und von der Möglichkeit verdrängt, sobald wieder zur  
Macht zu kommen; die Allianzisten waren vor der Hand noch un-  
möglich; die Karlisten zogen, wie fast immer, den Bürgerkrieg  
dem Wahlkampf vor. Alle diese Parteien enthielten sich nach  
spanischer Sitte; es nahmen an den Wahlen Theil nur die in  
zwei Flügel gespaltenen bundesstaatlichen Republikaner, und die  
Masse der Arbeiter. Bei dem gewaltigen Jauber, den der Name  
der Internationalen damals noch auf die spanischen Arbeiter aus-  
übte, bei der damals wenigstens praktisch noch bestehenden, vortref-  
lichen Organisation ihres spanischen Zweigs, war es sicher, daß  
in den katalonischen Fabrikdistrikten, in Valencia, in den andal-  
usischen Städten u. s. w. jede von der Internationalen aufge-  
stellte und getragene Kandidatur glänzend durchging, und daß  
nur eine Minorität in die Cortes kam, stark genug, um zwischen  
den beiden Flügeln der Republikaner bei jeder Abstimmung den  
Ausschlag zu geben. Die Arbeiter fühlten dies, sie fühlten, daß  
jetzt die Zeit gekommen sei, ihre damals noch mächtige Organi-  
sation in Bewegung zu setzen. Aber die Herren Führer aus der  
bakunistischen Schule hatten so lange das Evangelium von der  
unbedingten Enthaltung gepredigt, daß sie nicht plötzlich umkehren  
konnten; und so erfanden sie jenen jammervollen Ausweg, die  
Internationale als Ganzes sich entsalten, aber ihre Mitglieder als  
Einzelne nach Belieben stimmen zu lassen. Die Folge dieser  
politischen Bankrotterklärung war, daß die Arbeiter, wie immer  
in gleichem Fall, für die am radikalsten thnenden Leute stimmten  
— für die Intransigenten, und dadurch mehr oder minder für  
die späteren Schritte ihrer Gewählten sich mit verantwortlich hielten  
und in sie mit verwickelt wurden.

## Politische Uebersicht.

— Seitens der preussischen Reptilienfondpresse wird seit eini-  
gen Tagen mit großem Fleiß in Umlauf gesetzt, Fürst Bismarck  
werde demnächst in das preussische Ministerium zurücktreten, und  
zwar solle, um ihm das ehrenvoll zu ermöglichen, extra das Amt  
eines „preussischen Staatskanzlers“ auf die Person des unvergleich-  
lich „großen“ Mannes „zugeschnitten“ werden. Wir wissen nicht,  
ob die Offizionen uns etwas vorzuschwindeln, oder ob sie die Wahr-  
heit sagen. Auch ist so gut anzunehmen wie das andere; und im  
Grund ist es auch vollkommen gleichgültig. Daß Bismarck seinen  
zahlreichen Titeln noch einen neuen hinzusetzt oder nicht; ob  
Bismarck auf den „Reichthausen der Geschichte“ steigt und durch  
Monteuffel erfüllt wird, mag für die Stupendisten des Reptilien-  
fonds und für die Reichthausenpolitiker von Interesse sein, hat aber für  
Den, der von den inneren treibenden Kräften, von den Gesetzen  
der historischen Entwicklung einen Begriff hat, absolut kein Inter-  
esse. Was geht die preussische Geschichte von der Zeit an durch,  
wo das Haus Hohenzollern den Plan faßte, sich die fettesten Bissen  
des zerbröckelnden römischen Reichs deutscher Nation, nebst andern  
fetten nichtdeutschen Bissen (denn im Landnehmen war die  
preussische Politik stets sehr international) „einzuverleiben“, und  
man wird, wie einen fortlaufenden rothen Faden — der sich nur  
selten in kurzen Zwischenperioden dem Blick entzieht — dieselben  
Ziele, dieselbe Taktik vorfinden, wie bei dem Fürsten Bismarck.  
Summa cuius — „Jedem das Seine“ war von jeher der offizielle  
Wahlspruch, dem schon vor beinahe 100 Jahren die Polen als  
Commentar und Ergänzung zugleich das Wortchen raporo, zu  
deutsch „annektiren“, hinzusetzten, um es euphemistisch auszu-  
drücken. Dabei wurde stets wieder in modischen Schwörworten ge-  
macht; stets „deutsch“ gehan; nie ein Wändnis mit dem „Er-  
bfeind“, nie ein Versprechen „deutschen“ Lands an den „Erbsfeind“  
geschenkt, welches Versprechen je nach Umständen gehalten  
wurde, oder auch nicht. Kurz, die Personen haben gewechselt, das  
System ist dasselbe geblieben, wenn auch der Anstrich, der äußere  
Firnisch von Zeit zu Zeit erneuert und „zeitgemäß“ verändert  
wurde. Man lese in Sybel's, des berühmten Schönfärbers  
Buch die Geschichte des Baseler Friedens, und man wird Lamar-  
mora's Werk vor sich zu haben glauben. Genau dieselbe politische  
„Moral“, dieselbe politische Praxis — mit dem einzigen Un-  
terschied, daß der „Erfolg“ damals fehlte, was aber das Prinzip  
nicht berührt. Also ob Bismarck oder Monteuffel, oder der Dienst-  
mann X. N. J. aus dem Firmenschild steht, das Geschick wird  
nach den nämlichen Grundsätzen geführt. Wenn wir der Gerichte  
über die beabsichtigte „Ernennung“ Bismarcks zum preussischen  
Staatskanzler erwähen, so geschick es nur, um zu zeigen, in wie  
ganz ordentlicher Weise bei uns im „neuen Reich“ regiert wird.  
Vor zehn Monaten mußte Bismarck infolge von Hofintriguen und  
Skandalen „hinter den Coulissen“ fast schamhaft zurücktreten.  
Seitdem tobte ein ununterbrochener Kampf in der Umgebung des  
Königs (Kaisers) und um die Person des Königs — in die-  
sem Kampf hat Fürst Bismarck jetzt fast völlig die Oberhand. Mor-  
gen ist er vielleicht wieder unten. Ganz wie in der Türkei, nur

das dort statt des „Hilfwechs“ die bekannte „seidne Schnur“ besteht, mit welcher sich in Ungnade gefallene Minister zu erhängen haben! — Der „Culturkampf“. Nicht in allen Ländern haben es die Pfaffen nötig, Pressfreiheit zu verlangen; im „neuen Reich“ indessen, wo sie sich um die Herrschaft im Staate balgen, müssen sie sich den Anschein geben, als seien sie von freirechtlichen Ideen erfüllt und kämpfen also aus Mitleidsgründen für Pressfreiheit, um die Sympathien des Volks zu gewinnen. In Frankreich ist das anders. Das Hauptblatt der französischen Ultramontanen, „Univers“ (Weltall), spricht sich ganz anders aus und sagt gelegentlich einer Verhimmelung des Grafen Chambord, des künftigen „Herrschers“ von Frankreich: „Wem liegt etwas an der Ministerverantwortlichkeit, an parlamentarischen Regime, an Pressfreiheit, an Vereinsrecht und an allen sogenannten politischen Freiheiten? ... Diese Bedingungen mögen einige Tausend Professoren, Advokaten, Schriftsteller und liberale Rentiers zufrieden stellen, nichts weiter. Dies sind aber verschwindend kleine Abtheilungen in der Masse; das eigentliche Volk, jenes, für welches man die Monarchie herstellen muß, kennt nur Eine Monarchie, die, wo der König regiert.“

Als wir diese Worte lasen, war uns gerade, als ob wir sie schon einmal irgendwo gelesen oder gehört hätten. Und wir haben uns an ihn erinnert, an jenen Deutschen, der gerade so denkt, wie „verkommene“ ultramontane Franzosen jenseits der Mosel; wir wissen, wer die Ministerverantwortlichkeit überflüssig findet und „das Geld nimmt, wo er es findet“, wir wissen, wer die Pressfreiheit für schädlich erachtet, wer mit einer freien Presse nicht regieren kann und deshalb den § 20 erlassen hat, wir wissen, wer das Vereinsrecht im Stieber verkörpert sieht. Und wenn gute Patrioten noch immer nicht merken sollten, von wem wir all das wissen, so wollen wir ihnen weiter erzählen, daß wir auch Einen kennen, der behauptet, gerade wie das ultramontane „Univers“, daß sich nur ein kleiner Theil des Volkes für Pressfreiheit interessire und daß er, sowie der König von Preußen zum „Volke“ gehörten. Alles genau so wie die französischen Pfaffen im „Univers“. Und der Mann, der genau so denkt, wie französische Pfaffen, das ist der große „Culturkämpfer“, der, wenn man unsere Pöbelstier hört, Deutschland gerettet hat vor dem vatikanischen Ungeheuer und das „Vicht“ in die Welt bringt, wie man bei jedem Tügel-Tügel vernehmen kann. Eine vortreffliche Gesinnungsverwandtschaft! Und zwei so innige Freunde sollten einander wehe thun! Nehmen wir noch dazu, daß ja, nach eigenem Geständniß des Schnapsfabrikanten von Barzin „politische Heuchelei“ getrieben wird, so sind alle Räthsel gelöst und der dickköpfige Patriot, der auch jetzt noch nicht begreift, daß der „Culturkampf“ eine Comödie ist, der ist für alle Zeiten verloren.

— Zu Frankfurt ist der Prozeß gegen Leopold Sonnemann, den Herausgeber der „Frankfurter Zeitung“, wegen des bekannten Artikels über den Frankfurter Biertravall: „Die eigentlichen Schuldigen hinter den Coulissen“ Ende voriger Woche verhandelt worden. Da wir den Artikel in Nr. 68 des „Volksstaat“ abgedruckt haben und uns selbst ein Prozeß in der gleichen Sache bevorzieht, wollen wir die wesentlichen Momente der Frankfurter Verhandlung hier anführen. Gestrich wird Niemand das Vorgehen des Staatsanwalts nennen wollen, der eine lange Anklageschrift zusammengestellt hatte, worin der Angeklagte belastet wurde: 1) erdichtete Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet sind, wissentlich behauptet und verbreitet zu haben, und dadurch Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen und 2) wider besseres Wissen in Beziehung auf die königl. preussische Staatsregierung und namentlich auf den mit der Leitung der inneren Verwaltung betreffenden Angelegenheiten betrauten Herrn Minister Grafen Eulenburg, unwahre Thatsachen behauptet und verbreitet zu haben, welche den- selben verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind. — Vergehen gegen § 131, 168, 187, 73 des Strafgesetzbuchs. — Diese „Staatsverbrechen“ werden also auch demnach dem „Volksstaat“ auf den Rücken geladen werden. Die Art und Weise, mit welcher der Ankläger hier den Indicienbeweis zu führen suchte, daß ein verläumdeter Angriff gegen die Staatsregierung vorliege — während doch von derselben in dem ganzen incriminirten Artikel auch nicht mit einer Silbe gesprochen ist und gerade aus diesem Grunde der Gerichtshof sich zu der Frage an den Angeklagten genöthigt sah, wer denn im Grunde mit den „eigentlich Schuldigen hinter den Coulissen“ gemeint sein sollte? — wird uns so merkwürdiger bleiben, als sie ihren Gipfelpunkt in der Behauptung fand, Herr Sonnemann sei ein Intimus und Protector der sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit dem Organe „Volksstaat“ (aha!) und suche als solcher den allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein zu verächtlichen, daß er im Bunde mit der Regierung stehe. Ein Beweis, wo und wann diese „Verächtlichmachung“ von Seiten der „Frankfurter Zeitung“ stattgefunden hat, ist nach dem uns vorliegenden Berichte nicht geliefert worden; sie wird aber nichtbestimmter als Ausgangspunkt für die Beschuldigung benutzt, der Verfasser des incriminirten Artikels habe sagen wollen, daß die Regierung mit Hilfe des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins den Biertravall vom 21. April d. J. angestiftet habe. Man darf deshalb billig fragen, auf welche Weise der Herr Staatsanwalt davon Kenntniß erlangt hat, daß der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“ verächtlich wird, im Bunde mit der Regierung zu stehen? Die Klarlegung dieses Punktes wäre gewiß um so nothwendiger gewesen, als ja mit dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein dieser Verächtlichmachung die Beweisführung der Anklage steht oder fällt. Sehr interessant ist die Ausführung des Staatsanwalts, daß der Allgemeine deutsche Arbeiterverein „wenigstens doch noch zu Deutschland halte.“ Die Hassmänner erhalten also schwarz auf weiß vom Staatsanwalt das Zeugniß angeheißt, daß sie gute Patrioten sind und kein Li-bängeln mit den Bakuninisten wurd sie künftighin davor retten können, daß man sie unbarmherzig aus dem Kreise der „Reichsfeinde“ hinaudwirft. Sonnemann erklärte, der angeklagte Artikel sei von einem Manne von bedeutender juristischer Befähigung verfaßt, habe, wie aus der Form zu ersehen, keinen agitatorischen Zweck verfolgt, sondern nur einen historischen Rückblick auf die Affäre verhandlungen geben wollen. Er habe bloß die Wahrheit enthüllen wollen, die man während der Gerichtsverhandlung mit einer gewissen Scheu umgangen habe. Die in dem Artikel aufgeführten Thatsachen seien nicht als unrichtig angefochten worden; man ziehe aber aus denselben unrichtige Folgerungen und lege etwas in den Artikel hinein, was nicht darin liege. Die Staatsanwaltschaft habe es sich bequem gemacht, und ihre Anklage einfach einem denunciatorischen Artikel der „Neuen Frankf. Presse“ nachgeschrieben. Es gelte dies namentlich von der Intimitation, welche den Gege-satz zwischen dem allgemeinen deutschen Arbeiterverein und den Eisenacher Sozial Demokraten betreffe und die „Frankf. Bl.“ als Vertreterin dieser letzteren Richtung bezeichne. Gegen ein solches Verfahren müsse er sich auf's Entschiedenste verwahren. Auf die Frage des Präsidenten, was denn das sei, was von allen Dächern herab gepiffen und gesungen

werde, erwidert der Angeklagte: Er habe sich darüber nicht zu erklären. Die Staatsanwaltschaft möge es sagen und beweisen, wenn sie es wisse. Er könne nur sagen, daß weder Graf Eulenburg noch der hiesige Polizeipräsident gemeint sei.

Im Prozeßbericht der „Frankfurter Zeitung“ heißt es noch weiter: „Der Staatsanwalt Kunig fragt den Angeklagten: Ob nicht die „Frankf. Bl.“ und der „Volksstaat“ an einem Strange ziehen. Der Angeklagte erwidert, daß zwischen beiden Blättern wohl manche Berührungspunkte ständen, ebenso wie zwischen der Demokratischen und Fortschrittspartei, daß sie sich aber auch häufig bekämpften. Die weitere Frage, ob er bei dem „Volksstaat“ personell betheilig sei, verneint der Angeklagte. (Zur Notiz für den „Neuen!“) Er habe allerdings einmal einem Mitgliede dieser Partei ein Darlehen gemacht, dasselbe habe aber weder der Redaction noch dem Comité angehört.“

Das Urtheil ist auf den 30. Oktober ausgesetzt worden. Wir enthalten uns einer eingehenderen Besprechung dieses hochinteressanten Prozeßes, weil und durch den gegen und selbst anhängig gemachten Prozeß Gelegenheit geboten ist, was wir denken und wissen, in wirksamster Weise an die richtige Adresse zu bringen. Hervorgehoben sei nur

erstens, daß der königlich preussische Staatsanwalt die Wichtigkeit der in dem incriminirten Artikel der „Frankfurter Zeitung“ enthaltenen Thatsachen nicht bestritten hat, und

zweitens, daß der königlich preussische Staatsanwalt den „bekannten Berliner Ober- und Unter-Sozialdemagogen“ außerdem noch den sehr unwillkommenen Liebedienst erzeigt hat, dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ein gutes Sittenzeugniß auszustellen, und ihn, den bösen Sozialdemokraten gegenüber, unter seine freundliche Protektion zu nehmen.

Wehr konnten wir nicht verlangen. Wir hatten nicht auf so viel gehofft.

Am nämlichen Tage, wo dieser Prozeß verhandelt wurde, betheiligten die Frankfurter Mitglieder des Allgemeinen Deutschen ihre patriotische Gesinnung in eifriger Weise und zeigten, daß sie das Lob des königlich preussischen Staatsanwalts wohl verdient hätten. Eine projektirte Versammlung des „demokratischen Wahlvereins“ wurde, wie der „Frankfurter Beobachter“ erzählt, durch das massenhafte Eindringen „schwieriger Fäuste“ vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein unmöglich. „Zum eigentlichen Schwingen des Tölpel'schen Knüttels“, sagt der „Beobachter“, „kam es nicht; dagegen bewies der Verein seine deutsche Gesinnung recht augenfällig durch den Umstand, daß er sich gerade den „demokratischen Wahlverein“ und nicht den „namenlosen“ (nationalliberalen) Juno'schen Wahlverein, der zu derselben Stunde im Saalbau eine Versammlung abhielt, zu seinen Interventionszwecken aussuchte. Es dürfte recht interessant werden, wenn sich dieses aus Berlin nach Frankfurt importirte Vergnügen demnachst auch auf die bei städtischen Wahlen stattfindenden Wählerversammlungen ausdehnen sollte. Dann werden wir so recht zu beurtheilen wissen, in welchem verpumpten Popsthum sich doch eigentlich das alte Frankfurt vor der Annerion befand, das solche angenehme Diver-tissemens der „Metropole der Intelligenz“ nur von Hörensagen kannte!“

Ja, es ist so. Die Wirthschaft des Trisolums Tölpel-Hasselmann-Hafenclöver ist Nichts weiter, als ein Stück ächt preussischer „Entwicklung“.

— „Heil unserm Heyl!“ In der „Süddeutschen Volksstimme“ lesen wir:

„Vom Rhein, 20. Okt. Der „Volksstaat“ bringt in Nr. 97 vom 12. d. unter dem Titel „Bourgeois-Großmuth“ eine Besprechung der in viele Blätter beförderten Mittheilungen über die vorgeblichen Verdienste der Wormser Lederfabrik Cornelius Heyl um das materielle und geistige Wohl ihrer Arbeiter. Wir verweisen auf den hochinteressanten Artikel und wollen hier nur Einiges demselben zufügen. Wenn der „Volksstaat“ meint, von den 380,000 Gulden, die Herr Heyl „seinen“ Arbeitern jährlich zu geben sich rühmt, kämen auf einen Arbeiter circa 1 fl. 2 kr. per Tag, so ist das ein gewaltiger Irrthum. Von den viel gerühmten 380,000 Gulden, von denen die Firma Heyl, die sich selbst auf jährlich 105,000 Gulden Revenüen abgeschätzt hat, so viel Wesens macht, sind die, wie wir hören, hohen Gehalte der Geschäftsleiter, Direktoren, Commis etc., und ebenso die nicht unansehnlichen Saläre der „Halber“ (die dem Fabrikanten bekanntlich am meisten nützen), abzuziehen; geschieht dies, so kommen auf den einzelnen Fabrikarbeiter, der täglich bis zu 12 Stunden schaffen muß, durchschnittlich kaum 40 Kreuzer per Tag. — Was weiter die angeblich rühmlichen Bemühungen der Firma Cornelius Heyl für das „geistige Wohl“ ihrer Arbeiter anlangt, so wird uns mitgetheilt, daß sie die „Ihrigen“ nur gewisse Zeitungen lesen läßt, aber strenge ahndet, wenn sich einer der Fabrikflaven unter-fängt, andere Blätter, als die von der „Herrschaft“ geduldeten, zu lesen. Die Vorträge, mit denen man die Leute behelligt, sollen eigenthümlicher Art sein, und ein Wormser Parteigenosse hat uns versprochen, demnachst einen Auszug aus einer solchen Predigt zu liefern, wie zu gleicher Zeit einen gewissen Vertrag zur Veröffentlichung zu bringen, den jeder, der sich der Fabrik zu eigen giebt, unweigerlich zu unterschreiben hat.“

Einer solchen Berichtigung geben wir gerne Raum. Dem Herrn Heyl muß die „Wohlthätigkeit“ Parole von seinem Gesicht heruntergerissen werden. 40 Kreuzer, also 11 1/2 Groschen per Tag verdienen die glücklichen Pohnflaven, die von Herrn Heyl, damit sie sich diesem paradiesischen Verdienst nicht entziehen können, mit „Arbeiterwohnungen“ an seine Scholle gebunden werden. Man mag daraus die Erbarmlichkeit jener Gesellen ersehen, die einen Fabrikanten, der „seine“ Arbeiter für zwölfstündige Arbeit mit täglich 11 1/2 Groschen abspießt, als ein Muster von Großmuth und Herzengüte in die feile Presse hineingeschmiert haben. Für Geld ist eben Alles zu haben, und wenn sich ein Bismarck seine „Saubirten“ einstellt, warum nicht auch ein Heyl?

— Das Organ des arbeitenden Volkes im Rhein- und Maingau, die „Süddeutsche Volksstimme“ in Mainz, bringt einen beachtenswerthen Artikel über Jugendbildung, dem auch hier einen Platz anzuweisen wir nicht verkümmern wollen. Es heißt dort:

„Unsere liberalen Organe und besonders unsere „Mainzer Zeitung“ geben bei jeder Gelegenheit vor, die Bildung in Ehe-pacht genommen zu haben, ebenso seien sie es nur, welche die Volksbildung erstreben. Doch in einem unbewachten Augenblicke, als es der „Mainzer Zeitung“ unter der heuchlerischen Maske zu heiß wurde, ließ sie die Maske fallen und brachte einen Artikel über „Patriotische Jugendbildung.“ Da heißt es wörtlich: Wich-tiger als Denkbildung, Aufklärung und alles Wissen ist dem künftigen Staatsbürger Gesinnungstüchtigkeit und warmes Nationalgefühl.“ Hier wird also von den „Liberalen“ zugegeben, daß ihnen Denkbildung, Aufklärung und

Wir erlauben die Wormser Parteigenossen, doch auch uns einen genauen Bericht über die Heyl'sche Bierzig-Kreuzer-Kultur oder wenigstens genauer, verwendbare Notizen einzusenden. Die Redaction des „Volksstaat.“

Wissen Alles Nebenache ist, wenn nur die Jugend Gesinnungs-tüchtigkeit erlangt, d. h. nationalliberal wird. Um dieses Ziel zu vollbringen, empfiehlt die „Mainzerin“ Entlassung der ultramontanen und „verbissenen“ demokratischen Lehrer, denn die Leiter der Schulen und die Lehrer müssen erprobte Gesinnung haben, d. h. deutlich ausgedrückt, nationalliberale Streber sollen allein Lehrer werden. Die „Mainzerin“ verlangt die Entlassung, weil die ultramontanen und „verbissenen“ demokratischen Lehrer die Jugend nicht zu nützigen hingebenden Soldaten zu machen vermögen. Jetzt genug der Citate. Es ist hieraus deutlich zu ersehen, wie die „Liberalen“ die Schulen zu einer Rekrutendruckungskasernen degradiren wollen. Wir wundern uns nur, wie da dieselben über die Ablehnung des Schulgesetzes ein solches Lamento erheben können. Es entspricht dies doch nicht ganz dem Wunsche, eine „patriotische Jugendbildung“ herbeizuführen, wenn auch Anfänge zu solchem Thun vorhanden sind. Um also die „patriotische Jugendbildung“ zu erzielen, empfehlen wir unseren heftigen „Liberalen“, bei der Reuberathung des Schulgesetzes folgenden Schul-plan zu entwerfen. 1. Stunde: Auswendiglernen der Ratschles-lieber, 2. Stunde: Auswendiglernen der famosen Broschüre „Napoleon, der Cujon“, 3. Stunde: Einpausen des Sages: Es giebt nur Deutsche, alle übrigen Völker stehen tief unter uns, besonders muß man die Franzosen,“ so da „Erbseinde“ genannt werden, anrotten, 4. Stunde: Auswendiglernen des Gedichtes: Kaiser Wilhelm saß ganz heiter. Nachmittags 1. Stunde: Tanzen um einen Scheiterhaufen, worauf eine französische Puppe verbrannt wird. In Ermangelung derselben ein „Reichsfeind“, ein Sozialdemokrat oder Ultramontaner, 2. Stunde: Allgemeine Prüferei unter Schülern, um sich auf spätere Kämpfe einzulernen.“

Was die von dem Mainzer nationalliberalen Blatt geforderte Entlassung der „ultramontanen oder verbissenen demokratischen Lehrer“ betrifft, so hat dieselbe in dem Fall eines Lehrers, der zugleich heftiger Abgeordneter ist und jüngst gegen eine Regierungsvorlage stimmte, zu einer förmlichen Denunziation auf Grund dieser Abstimmung geführt, und den Herren Nationalliberalen eine empfindliche Jährtigung Seitens der amtlichen „Darmstädter Zeitung“ zugezogen. Das Organ des heftigen Ministeriums, das wahrhaftig nicht an einem Ueberfluß von Freisinnigkeit leidet, bedauerte den Herren Nationalliberalen, welche sich in Hessen bekanntlich „Fortschrittspartei“ nennen, (und auf diesen Titel auch eben so guten Anspruch haben, wie die preussischen „Volkszeitungs“-Fortschrittler), eine Regierung, welche die Volksvertretung nicht zu einer Post herabwürdigen wolle, müsse den Beamten, die in die Volksvertretung gewählt seien, die volle Freiheit belassen, nach Pflicht und Gewissen zu stimmen; und wenn eine Partei, die sich für liberal ansähe, die Regierung zu einer Verlegung dieses Prinzips auffordere, so stelle sie damit ihrem Liberalismus ein trauriges Zeugniß aus. Damberger und Consorten werden nach dieser graunamen Abfertigung finden, daß Bismarck allerdings recht hatte, als er sagte, Preußen sei den Süddeutschen „zu liberal.“

— Ein Amerikaner, Delmar, welcher dem kürzlich in Petersburg statifischen Congreß beigewohnt hat, also durchaus kein Sozialdemokrat ist, hat statistische Aufstellungen gemacht, die zu dem Resultat führen, daß im Verhältnis zu anderen Nahrungstoffen und Bedürfnisgegenständen zu viel Brodstoffe produziert werden. Den Berichten von 1870 zufolge, meint Delmar, produziere von der kommerziellen Welt Europa mit einer Bevölkerung von 302 Mill. Seelen 5,335 Mill. Bushel Getreide oder 17,7 per Kopf; Asien (Rußland und Türkei) mit einer Bevölkerung von 27 Mill. 250 Mill. oder 9,3 Bushel per Kopf; Afrika, Bevölkerung (Aegypten) 8 Mill. Seelen, 80 Mill. B. oder 10 per Kopf; das von 2 Mill. bewohnte Australien 30 Mill. B. oder 15 per Kopf; Nordamerika mit 52 Mill. Seelen, 1725 Mill. B. oder 33,2 per Kopf; Centralamerika mit 3 Mill. Seelen, 20 Mill. B. oder 6,7 per Kopf; Südamerika mit 28 Mill. Seelen 217 Mill. B. oder 7,8 per Kopf; Westindien mit 4 Mill. Seelen produziert 0, alle übrigen Länder mit 26 Mill. Seelen 200 Millionen. — Nehme man noch 2 Mill. Seelen, die zerstreut umherwohnen, und 7 Mill. B. Importe aus der nichtkommerziellen Welt, so habe man für 428 Mill. Menschen 7,727 Mill. B. oder mehr als 18 per Kopf. Nun, meint Herr Delmar, könne 1 Mann durchschnittlich nur 8 bis 10 B. jährlich verzehren, und der Rest werde zu Saaten, Futter, Getränk, Zucker, Stärke und Brennmaterial benutzt. Für Nahrung, Futter, Saaten sei Getreide nötig; für Stärke, Zucker, Getränke bis zu einem gewissen Grade ökonomisch; in allen anderen Fällen, namentlich bei Benutzung zu Brennmaterial, bedeute es Ueberproduktion und Verlust. In England, dem bestbevotheten Lande, verbrauche man die enormen Quantitäten zur Bereitung von Stärke, Getränken und Futter mitgerechnet, nur 16 per Kopf, von denen 10 durchschnittlich dazumit produziert werden. Trotzdem werden in der Welt ca. 19 per Kopf produziert. Einen Beweis für seine Theorie findet Delmar auch in dem Umstande, daß mit dem Jahre 1848 der Preis für Getreide sich gar nicht geändert hat, während dieser, wenn nicht zuviel produziert worden wäre, hätte steigen müssen.

Wenn die statistischen Aufstellungen Delmars auf Thatsachen beruhen, dann wäre allerdings ein eifriger weiterer Beweis dafür erbracht, daß die heute herrschende kapitalistische Produktionsweise ohne jede Berechnung, ohne jeden Plan und ohne jeden Vorbedacht wirtschaftet, daß blind in den Tag hinein produziert wird. Weiter wäre auch bewiesen, daß das heute herrschende Eieud nicht durch den Mangel an Nahrungsmitteln überhaupt verursacht wird, sondern gerade durch die Art und Weise der kapitalistischen Produktion, die nicht mit Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit vor sich geht, sondern je nach den Antrieben der Habgucht, des Egoismus bald nach der einen, bald nach der andern Richtung hingelenkt wird, so daß stets hüben Ueberfluß und drüben Mangel abwechselnd herrscht.

— Parteigenosse Carl Lienig in Hof, früher verantwortlicher Redakteur der „Hofener Zeitung“, ist vor das oberfränkische Schwurgericht verwiesen worden und zwar erstens wegen Beleidigung des Leipziger Geschwornengerichts, zweitens wegen Gotteslästerung!

## Gewerkschaftliches.

### Gewerkschaft der Schuhmacher.

Wir bringen hiermit die Namen der Städte, wo unsere Gewerkschaft Mitglieder zählt, sowie die Namen der Beamten zur allseitigen Kenntniß, und eruchen wir die Bevollmächtigten und Kassirer, sich dieselben zu notiren. Apolda: Bev. Schuhmachermstr. H. Käufer; Arnstadt i. Th.: Bev. Conrad Mosberg, Grabgartenstr. 507; Amberg i. B.: Bev. A. Ruzbauer bei Herrn Schwab Gewehr- u. Arb. Paulanergasse; Braunschweig: Bev. G. Ruch,

Eckernstr. 31, A. Böning, Friesenstr. 5; Berlin: Deo. Fr. Giffen, Jerusalemstr. 50 b. Baby; Chemnitz: Deo. Ernst Hecht b. Linus Fischer, Königstr. 7, 2 Tr.; Coburg: Deo. Schuhmachernstr. Theodor Simon, Steinweg 119; Konstanz a. B.: Deo. J. Stadelhofer, Sammlungsstr. 676, S. Scherer, Raffiner, Plattenstr. 181; Dresden: Deo. H. Wittbauer, gr. Kirchgasse 5, 4 Tr., M. Hainert, Raffiner, gr. Brüdergasse 31, 3 Tr.; Erfurt: Deo. A. Wenige, Enggasse 5; Eßlingen: Deo. G. Hunn, Apotheke 2; Freiberg i. S.: Deo. Bernhard Buchmann, Pfarrg. 186, 1 Tr.; Gotha: Deo. W. Bod, Reiseunterst. zählt A. Köllin, Hügelsstraße 18; Gießen: Deo. Martin Simon, Tiefenweg 144; Helmstedt b. Braunschw.: Deo. H. Sens b. Schuhm. A. Bangemann, Ribigstr.; Leipzig: Deo. M. Hörtsch, Reiseunterst. zählt W. Jülich, Lessingstr. 13, 1. H. 1 Tr.; Limbach 6. Chemnitz: Deo. Ernst Lehmann, Lindenstraße 45, Raffiner F. Petermann; Landshut i. B.: Deo. Steinbichler, Herrng. 5, 37g; Lubwigshafen: Deo. Seb. Hort bei Schlang, Dagerhemerstr., Raffiner J. Bauer b. Schreiner Eichler, Stadtrat 13; Mühlhausen i. Th.: Deo. H. Heißner b. B. Müller, N. Burgstr., Raffiner G. Heimann, Spiegelg.; Mainz: Deo. R. Göb, Walthausmalerg. 5; Nürnberg: Karl Daucher bei J. Damm, Wöhrng. 7 (alt) 1485, 3 Tr., Raffiner Eplouba, Johannisgasse 816; Reucoschlag im Plauenschen Grunde: Deo. F. Thiele b. Stiebig; Offenbach a. M.: Deo. J. Schlanger, Gasthaus z. Lindenbaum, Sandgasse; Pforzheim: Deo. John, Brüderstr. 92; Rochlitz i. S.: Deo. Bruno Flach, Wallg. 407; Regensburg: Deo. V. Maraweg, Raffe Seb. Fischg.; Stade: Deo. Franz Pape bei Thiemann, Baumbrücke; Stuttgart: Bevollm. S. Schröder b. F. Maier, Brunnenstr. 24; Schweinfurt: Deo. Georg Kiesel b. Chr. Koller, Tadengasse 154, Raffiner E. Ebner, Bauerng. 82 b. Chr. Barthelmann; Würzburg: Deo. A. Meißel, Brombacher. 25, Raffiner J. Febrer, Wohlfahrts. 10; Weimar: Deo. — Raffiner Ernst Heideich, am Bornberg bei Bode; Wolfenbüttel: Deo. Vogel, H. Zimmerhof 6; Mannheim: Deo. Franz Müll, D. 4. N. 17.

Protokollgelder sind noch schuldig: Freiberg i. S., Chemnitz, Stade, Erfurt, Arnstadt, Apolda, Amberg (wie steht's mit Abrechnung?), Großenhain, Fürth, Mainz, Schweinfurt, Berlin, Limbach 6. Gh. Wir bitten freundlichst, die Gelder zu berichtigen, sowie die Nichtverkauften zu retournieren.

Für die Verwaltung: W. Bod, Berg 37.  
N. S. Dem Dresdener Kollegen für die freundliche Aufnahme und Bewirthung meinen aufrichtigsten Dank.  
D. D.

### Correspondenzen.

Leipzig, 26. Okt. Ende vergangener Woche tagte in der Centralhalle hierseits eine Versammlung, die sich „Allgemeiner deutscher Handwerker resp. Arbeitgeberbundesrat“ zu nennen beliebte. Es waren dies fast ausschließlich gut situierte Kleinmeister, die durch die nun immer mehr an Umfang gewinnende Großproduktion in eine schiefere Stellung gerathen sind und ihre Existenz bedroht sehen. Anstatt nun aber den wirklichen Feind zu bekämpfen, versammeln sich die Herren und versuchen durch Massenpetition an den Reichstag das Junktwesen, womöglich mit noch etwas schärferen Maßregelungen gegen die Arbeiter, wieder einzuführen. „Denn die Arbeitnehmer — so bemerkten mehrere Redner wörtlich — sind unsere größten Feinde.“ Nun, Herr Max Hirsch und Consorten, was sagen sie zu dieser offen bekundeten „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit? Daß die Sozialdemokraten als Hauptziel der aller Angriffe erhalten mußten, bedarf erst nicht weiterer Erwähnung. Die Herren Meister zeigten jedoch auch nicht übel Lust rebellisch zu werden. Sie hatten nämlich, wie bereits angedeutet, „Massen-Petitionen an den Reichstag“ gerichtet, in denen sie u. A. forderten: 1. „Wiedereinführung der Prüfungsfrist der Lehrlinge nach beendeter Lehrzeit.“ 2. „Eindliche Regelung der Gesetzgebung über die Kranken-, Hilfs- und Sterbefälle für Gesellen, Gehülfe und Fabrikarbeiter, gemäß § 141 der Gewerbeordnung und Abschaffung der theilweis noch bestehenden Beitragspflicht zu den bezeichneten Rassen.“ 3. „Einführung von Arbeits-Control-Büchern, in welche Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei Strafe verpflichtet sind, die Ertragung darüber zu veranlassen, an welchem Orte, welche Zeit hindurch und bei welchen Arbeitgebern ein Arbeitnehmer in Arbeit gestanden hat.“ 4. „Obrigkeitsliche Einführung gewerblicher Schiedsgerichte mit exekutiver Gewalt“ u. s. w. Nun ist bekanntlich der Reichstag über diese Petitionen zur Tagesordnung übergegangen und hatte dieses Benehmen der Herren Meister gar sehr in Harnisch gebracht. Herr Tischlermeister Brandes (Berlin) äußerte: „Die neue Gewerbeordnung habe den Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gegenüber vollständig schutzlos hingestellt. Man habe bei Festsetzung der Gewerbeordnung die Arbeitsverhältnisse an maßgebender Stelle verkannt. Nun wolle man freilich nicht eingestehen, daß man sich zur Zeit geirrt.“ — Herr Drechslermeister Lohd (Minden) bemerkte mit grimmigem Miene: „Die Regierungen haben auf die sozial-demokratischen Agitationen deshalb ein wachsameres Auge, weil diese energischer Natur sind. Wenn wir etwas erreichen wollen, dann müssen wir in gleicher Weise handeln und auch eventuell den Muth haben, den Regierungen zu drohen.“ Offen gestanden, bei diesen Worten wurde mir gruselig. Hätte nicht der Redner in demselben Athemzuge noch den Versammelten warm an's Herz gelegt, darauf hinzuwirken, daß neben dem „politischen Reichstage“ noch ein „sozialer“ errichtet werde, ich hätte thatsächlich lange Zeit nöthig gehabt, um wieder Herr meines Humors zu werden. Dem bekannten Sozialisten-Freier, Herrn Professor Dr. Birnbaum (Leipzig) (Reichstagsabgeordneten) gelang es schließlich, wenn auch nur theilweise (der Herr wurde nämlich für seine Reden durch Weimar und Zischen belohnt und 10 Deputate, jumeist Leipzig und Dresden, gaben schriftlich zu Protokoll, daß sie sich mit den Ausführungen Birnbaums durchaus nicht einverstanden erklärten und dagegen protestieren, wenn er se-ner das Wort erhalte), die „Meister“ zu beschwichtigen. Auch dieser that die Augen, daß der Arbeitnehmer der größte Feind des Arbeitgebers sei. Des Weiteren bemerkte er u. A.: „Die eingereichten Petitionen seien nur deshalb nicht vor das Plenum des Reichstages gekommen, da man sich über dieselben nicht vollständig klar war. Außerdem seien die Petitionen sehr spät eingereicht worden. Die Behauptung derselben hätte vielleicht mehrere Tage in Anspruch genommen. Nun waren zur Zeit die Reichstags-Abgeordneten schon sehr ermüdet und aus hier nicht zu erwähnenden Gründen im Muthig gewesen. Man möge aber nochmals über die in den Petitionen geschuldeten Uebelstände nachträglich genaue Untersuchungen anstellen, die Petitionen analog dem vermittelst der Untersuchungen gesammelten Material moderniren (umformen), alsdann erkläre er (Birnbaum) sich abthig dieselben einzutreten, sie mit der Energie zu befürworten und es würde mit dem Tausel zugewandt, wenn sie solchergestalt einen Erfolg erzielen würden. Die Arbeiter seien auch schließlich

diesem wohlgemeinten Rathe Folge. Trotz alledem versprachen die Un dankbaren dem Herrn Professor nicht, für seine Wiederwahl wirken zu wollen, obgleich er diesen Wunsch wiederholtlich durch: „um dies anzuführen, muß ich allerdings erst wieder gewählt werden“ u. kundgab. Denn trotz aller Warnungen des Herrn Professor Birnbaum vor einer einseitigen Interessensvertretung, die er unter den graufigsten Schreckbildern schilderte, „die beispielsweise die Arbeitnehmer, welche doch numerisch überwiegen, zu noch größerem Eifer bei den Wahlen ansetzen würde“ u. s. w., und obgleich ihnen der gute Mann versprach, wenn er wieder Reichstagsabgeordneter werden sollte, so werde er für Bildung von „freien Commissionen“, für die verschiedenen Interessen (Landwirthschaft, Handwerker, Handelsstand u. c.) wirken, resoluirt die Versammelten: „nur Handwerkern und Denjenigen, die das Gelübde ablegen, in erster Linie die Interessen des selbstständigen Handwerkerstandes zu vertreten, bei politischen Wahlen ihre Stimme zu geben.“ Motivirt wurde diese Resolution u. A.: „Die materielle Existenz steht über allen politischen Fragen und der selbstständige Handwerkerstand bildet das Hauptfundament im Staate.“ — Nun kam es zur Behandlung der Lehrlingsfrage. In dieser Angelegenheit erklärten sich jedoch die Herren Meister für vollständig rathlos. Soll Herr Professor Birnbaum ebenfalls hierfür kein Medikament haben? dachte ich bei mir im Stillen. Ein ordentlicher deutscher Universitäts-Professor müßte sich doch von Gottes- und Rechtswegen in den Besitze der Allwissenheit befinden! Lebhast umschwebten noch diese Gedanken mein Hirn, als mir sie der Herr Professor schon in der realen Wirklichkeit vorführte. Er wisse Mittel behufs Lösung dieser Frage, sagte er; dies ahnte ich soeben, dachte ich, und diese Mittel sind: „den Lehrlingen nicht so wohl Freiheit als bisher gewähren, denn man müsse selbstständige Menschen auch als solche behandeln; ferner müsse man den Lehrlingen die Theilnahme an allen Arbeiterverbänden und Versammlungen verbieten und ferner sei dahin zu wirken, daß die von Gesetzeswegen geschehe; endlich sei den Lehrlingen soweit als thunlich aller Verkehr mit den Gesellen zu untersagen.“ Dies war allerdings den Herren Meistern ganz aus der Seele gesprochen und sie schlossen nun befeidigt über diesen Gegenstand die Akten. Ferner wurde noch resoluirt: „Um freivolten (?) Streit die Spitze abzubreaken, ist die Gründung von Arbeitsbureaus an allen Orten aufs Dringendste zu empfehlen.“ — Zuletzt wurde noch ein über ganz Deutschland sich erstreckender Verein, unter der Firma: „Verein selbstständiger Handwerker und Fabrikanten“ gegründet. Der Zweck dieses Vereins ist laut § 1 der Statuten: „1. Die durch Einführung der Gewerbeordnung verloren gegangene innere Organisation der Gewerke wieder herzustellen, und zwar in einer Weise, welche den gänzlich umgekehrten Verhältnissen soviel wie möglich Rechnung trägt. 2. Verbesserungen der Gewerbeordnung herbeizuführen, die bevorstehenden Unzuträglichkeiten im gewerblichen Leben in ihren Ursachen zu bekämpfen und wieder wohl gegliederte Verbände zu schaffen, welche für ihre Gewerke sorgend wirken, für Ordnung und Recht innerhalb derselben eintreten und dahin streben, daß geregelte Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Lehrherren und Lehrlingen herbeigeführt werden. 3. Einführung von Gewerkebeamten in allen Staaten, Provinzen, Kreisen, Bezirken und größeren Städten zu erstreben, und die Regierungen davon überzeugen zu suchen, daß nur durch solche mit amtlicher Autorität ausgestattete Organe es möglich sei, den Regierungen gemachte Beschwerden zu vermitteln, und überall in's gewerbliche Leben fördernd und ermutigend einzugreifen.“ Die Leitung des Vereins wurde einem aus 15 Personen bestehenden Vorstände übertragen, von denen jedoch nur 5 am Bororte wohnhaft sein dürfen. Diese Letzteren bilden den geschäftsführenden Ausschuss, sie haben einen besoldeten, juristisch- und volkswirtschaftlich gebildeten Sekretär, sowie sonstige geeignete Persönlichkeiten behufs Agitation für den Verein anzustellen. Zum Borort wurde für das nächste Vereinsjahr Berlin gewählt. — Zu bemerken ist noch, daß die Regierung, jedenfalls wohl die sächsische, durch den Mund des Reichstags-Directors v. Burgsdorff (Leipzig) erklären ließ: „Sie nehme den wärmsten Antheil an den hier gepflogenen Verhandlungen. Letztere gewinnen um so mehr an Bedeutung, als gegenwärtig noch nicht abzusehen sei, welche Folgen die neue Gewerbeordnung haben werde.“ — Habent sibi!

Glauchau, 26. Oktober. Wie der Tiger nach Blut, so lechzt unsere Bourgeoisie nach billigem Menschenfleisch. Die Bestimmungen unserer Gewerbeordnung, welche die Kinderarbeit in Fabriken einigermassen einschränken, aber häufig nicht beachtet werden, sind unsern patriotischen und frommen Bourgeois ein Dorn im Auge. Ihr sehlichster Wunsch ist, sie beseitigt zu sehen, um durch billige Kinderarbeit sich leichter die Beutel füllen und die Bäuche mästen zu können. Diesem Zweck zu Liebe wird alles menschliche Gefühl, jeder Funke sittlichen Strebens bei Seite gesetzt und mit der größten Schamlosigkeit nach der Erreichung des Zieles getrachtet. Gegenwärtig wird in den Industriestädten Gera, Glauchau, Weidau, Plauen, Reichenbach u. c. eine Petition unter den Fabrikanten kolportirt, worin diese Menschenklasse die Freiheit hat, um Folgendes bei dem sächsischen Ministerium einzutommen:

„Dasselbe wolle dahin wirken, daß 1) die Minimalaltersgrenze für die Beschäftigung von Kindern in Bigogne- und Streichzahnspinnereien von dem 12. auf das 10. Jahr herabgesetzt werde; 2) daß die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung, wonach jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren nur 10 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen, wieder aufgehoben werde; 3) daß die in der gegenwärtigen Gewerbeordnung enthaltenen Beschränkungen der Arbeitszeit Minderjähriger, nicht noch auf höhere Lebensalter ausgedehnt werden; 4) daß keine neuen beschränkenden Bestimmungen in Betreff der Arbeitszeit von erwachsenen weiblichen Personen gesetzlich angeordnet werden.“

Selbst die jähme und bourgeoisfreundliche „Deutsche Allgemeine Zeitung“ macht zu diesen Forderungen unserer geldgierigen Fabrikanten die Bemerkung, „daß ein solches Schriftstück ein schmachlicher Beweis von dem Egoismus eines Theiles unserer Fabrikanten sei“ und daß diesem Egoismus gegenüber die Sozialdemokratie „vollkommen“ recht habe und am besten gefördert werde. Möge die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sich künftig auch in andern Fällen dieses Zuständnisses erinnern, unsere Parteigenossen aber werden energisch gegen das Ansehen der Sache und namentlich verhüten, daß nicht Arbeiter sich überbieten lassen, die Petition ihrer Blutsauger zu unterzeichnen.

Während die Bourgeoisie der sächsischen Industriebezirke die Schranken zu beseitigen trachten, welche das Gesetz ihrer Vampyrnatur gezogen hat, tagten in Leipzig in diesen Tagen 170 Vertreter des reaktionären Elements unserer Kleingewerbetreibenden, welche als echte Antipoden unserer Bourgeoisie über gesetzliche Einschränkungen von Beschränkungen im jüngstlichen Sinne debattirten. Die Weisheit des Professor Birnbaum, die bei dieser Gelegenheit wieder zu Tage trat, ist wahrhaft erschrecklich.

Berlin. „Selbsthilfe oder Staatshilfe“ lautete das Thema,

das in einer am 24. hier abgehaltenen öffentlichen Arbeiterversammlung, einberufen vom Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein, von Herrn Klinhardt besprochen werden sollte. Dieser Klinhardt, dessen Hauptforce im Schimpfen besteht, glaubte nun das Thema am gründlichsten zu erörtern, wenn er einfach auf Schulze-Dehlig schimpfte. Indem er dies denn auch zur Genüge that, deklamirte er mit möglichst falschem Pathos ganze Sätze aus den Schriften Lassalle's. Man braucht deshalb aber durchaus nicht zu glauben, daß er etwa den Lassalle begriffen hätte; es wird folgender Sätze, den er in seiner Rede ausstellte, dies beweisen. Der große Agitator Klinhardt sagte nämlich: „Die soziale Frage ist eine künstlich hervorgebrachte, und unsere heutigen schlechten Zustände sind künstlich erzeugt von der Bourgeoisie.“ — Zu einer wirklich sachgemäßen Besprechung kam natürlich der Referent nicht, er salbete noch etwas über die Quistorf'sche Angelegenheit, war sich aber auch darüber durchaus nicht klar, sondern bedauerte, wie auch sein Nachredner Schwelendid, Herrn Quistorf wegen seinen schlagelagenen Spekulationen. Schwelendid ging sogar noch weiter, er bedauerte die gesammte Bourgeoisie, weil sie sich nicht wirklich glücklich fühle und in steter Angst um ihr Capital sei. Wenn diese Leute nicht unter der Botmäßigkeit Hasselmanns ständen, so würde es einem ganz wunderbar vorkommen, wie Jemand, der sich Sozialdemokrat nennt, einen Mann wie Quistorf seiner schlagelagenen Spekulationen wegen bedauern kann, statt das nur auf Schwindel basirte Treiben desselben öffentlich an den Pranger zu stellen. Aber so ist das ja ganz natürlich. — Dies zur Kennzeichnung der beiden Agitatoren, die wohl demnächst wieder auf die Reise geschickt werden, um andere Gegebenen mit ihrem Unstun unsicher zu machen. — Die hiesigen Arbeiter nahmen, soweit es nicht eragirte Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins waren, Beider Reden mit der größten Ruhe auf, und zum großen Aerger der Herren meldete sich kein Opponent zum Wort, der in die ganz resultatlose Versammlung etwas Salz gebracht und ihnen einen greifbaren Anlaß zum Schimpfen gegeben hätte.

Konstanz. Was die aus dem „Reptilienfond“ gemästeten „Sauritzen“ bei den Lesern ihrer Geistes-Produkte für eine grenzenlose Ignoranz voraussetzen, beweist eine Abhandlung der hiesigen Zeitung über George Beiffet, dem vom „Volkstaat“ schon früher gekennzeichneten Verächter an der Kommune. Diese ganze Schmiererei, die stark nach Abdruck aus der „Neuen“ an der „schönen blauen“ riecht, ist ein neuer Beitrag zur Geschichte unserer verkommenen Bourgeois-Geschäfts-Zeitungs-schreiber. Für den denkenden Arbeiter ist derartige Geschreibsel eine Mahnung, gegen derartige miserable Verdächtigungen der gerechten Bestrebungen der Arbeiterklasse entschieden Front zu machen, um dieser Sippe, der Lügen und Verleumdungen Bedürfnis ist, das Handwerk gründlich zu legen. Denn eine Partei, welche den Verrath an den Kämpfern für Menschenrechte als etwas Nachzuahmendes preist, ihre eigne Niederträchtigkeit dadurch zur Evidenz beweisend, verdient, daß sie aufhört zu existiren. Darum, Parteigenossen, benutz die uns gegebene Zeit. Verbreitet unser Organ, den „Volkstaat“, damit die Arbeiter den lägenhaften Auslassungen der Bourgeois-Zeitungen die Wahrheit entgegenstellen können. Denn nur dadurch, daß wir unser Organ, den „Volkstaat“, allüberall hin verbreiten, können wir der Verdummung des Volks durch die sogenannten „liberalen“ u. c. Zeitungsschreiber mit Erfolg entgegenarbeiten.

Mit sozial-demokratischen Gruß G. Riegel.  
Stuttgart, 25. Okt. Am Sonntag den 19. d. M. fand in Neudorf die Neuwahl des Central-Agitations-Comites für den Regierungsbezirk Magdeburg und Herzogthum Anhalt durch Parteimitglieder aus Neudorf, Straßfurt und Magdeburg statt. Als Sitz des Comites wurde Stuttgart als am geeignetsten seiner passenden Lage halber mit großer Mehrheit gewählt. In der hierauf am Donnerstag Abend abgehaltenen Mitgliederversammlung fand die definitive Wahl des Vorstandes bestehend aus drei 3 Personen statt, und sind die Unterzeichneten hierzu gewählt. Um nun die Agitation lebhafter wie bisher zu betreiben, und da die Reichstagswahlen hierzu das ergiebigste Feld bieten, wenden wir uns an alle Parteimitglieder und Freunde unserer Sache im hiesigen Bezirk mit der Forderung, sich als Glieder dieser großen über benanntes Terrain sich erstreckenden Agitationskette zu betradten und stets der hohen Pflicht eingedenk zu sein, durch Wort und That zu handeln, damit endlich dem Comite Gelegenheit gegeben ist, planmäßig der Organisation und dem Programm gemäß voll und ganz seine Pflicht zu erfüllen. Soll nun nicht ferner, wie dies ja häufig schon der Fall gewesen, Zeit und Geld unnütz geopfert werden, soll also das Central-Comite nicht nur dem Namen nach existiren, dann ersuchen wir alle Parteigenossen, diese Bestrebungen genügend zu würdigen und des § 2 unser Programms, welcher fordert, daß jeder Parteigenosse sich verpflichtet, mit ganzer Kraft für Verwirklichung unserer Prinzipien einzutreten stets zu gedenken. Wir verlangen daher von allen Parteigenossen Folgendes: 1) Opferwilligkeit, d. h. die pünktliche regelmäßige Zahlung freiwilliger Beiträge zur Agitationskasse und das stete Anspornen sämmtlicher und lässiger Parteimitglieder. 2) Ueberall, wo sich irgend Gelegenheit bietet im Wohnorte oder Außerhalb für das Prinzip zu agitiren, neue Anhänger hier wie dort zu werben und sobald sich in Orten, wo noch keine Mitglieder existiren, Freunde unserer Sache gefunden haben, dann dafür Sorge zu tragen, daß dieselbe eine Versammlung anberaunt und dem Haupt-Comite schleunigst davon Anzeige gemacht wird; denn in der Fabrik, Werkstelle, Bergwerken u. s. w. bietet sich Gelegenheit genügend, durch fremde Kollegen die Grundsätze der Sozial-Demokratie nach allen Gegenden zu verbreiten; und 3) sind dann hier und da Verbindungen anzuknüpft und das Comite in Kenntniß gesetzt, dann erst kann von planmäßigem Vorgehen und von Erfolgen auch in unserm Bezirk die Rede sein. Dann gilt es vor Allem, die gewonnenen Positionen zu behaupten und zu befestigen, und hierzu muß wiederum jeder Einzelne bewährte Parteigenosse seine Schuldigkeit thun. Wenn wir nun insgesammt uns so gegenseitig in die Hände arbeiten, wenn wir den Worten nun auch die Thaten folgen lassen, stets eingedenk unserer bewährten Muthigen für die Idee der Menschheit heute noch im Gefängniß schmachtenden Partei- und Kampfgenossen, dann wird und kann uns der Muth und die Ausdauer nie fehlen. Dann müssen uns die Segner wenigstens achten lernen und dann nur kann und wird das von uns übernommene Amt Nutzen bringen und unser ganzes Werk von Erfolg gekrönt sein. Darum rufen wir bei unserm Antritt Allen zu: Hand an's Werk und nicht geizig!

Alle Briefe und Nachrichten sind an unsern Schriftführer, alle Gelder prompt und pünktlich an unsern Kassirer zu senden.  
Heinrich Niehof, Vorsitzender. W. Fischer, Schriftführer, Prinzenstraße Nr. 1 im Laden. Fr. Helmund, Kassirer, Schulzenplatz Nr. 2. 2 Tr.  
Wroßem, 25. Oktober. Wir hatten zu heutigem Abend eine Volksversammlung einberufen, zu welcher die Bewohner von mehreren umliegenden Dörfern sich eingefunden hatten; sehr Viele hatten

den Weg von über einer Stunde nicht gescheut, um in der Versammlung Ausklärung zu suchen. Es referirten Herr W. Brade jun. und Herr Luber aus Braunschweig. Dieselben sprachen über die Reichstagswahlen und die Arbeiterbewegung. Die Anwesenden erklärten, sämtlich für Herrn Brade bei der nächsten Reichstagswahl stimmen zu wollen, und mit voller Kraft einzustehen für die Sache der Arbeiter. Die Arbeiterbewegung ist jetzt hier auf dem Lande in vollem Gange, von allen Seiten kommen Einladungen, um Versammlungen abzuhalten und Gewerkschaften zu gründen. Es haben sich auch bereits auf verschiedenen Dörfern Gewerkschaften gebildet. Die rege Theilnahme spricht deutlich dafür, daß der Arbeiter seine Lage erkannt hat und dieselbe zu verbessern sucht. Darum, werthe Parteigenossen, laßt nicht nach zu agitiren; es wird zu legt unsere Mühe belohnt und wir werden zu unserm Ziele gelangen. Mit sozialdem. Gruß  
F. Brünigk.

**Bremen.** Allen Parteigenossen bringen wir hiermit zur Kenntniß, daß es uns gelungen, hier wieder eine Mitgliedschaft unserer Partei zu gründen. In der Sonnabend den 25. d. Mts. stattgefundenen konstituierenden Versammlung wurden gewählt zum Vertrauensmann: S. Saevete; zum Kassirer: Busch. 14 größten Theils neue Mitglieder traten sofort der Partei bei. Von der seit ca. einem Jahr eingegangenen alten Mitgliedschaft gehören bis jetzt nur sehr Wenige zu uns. Wir erwarten, daß auch diese sich wiederum anschließen, um gemeinsam mit uns für die Ausbreitung unserer Partei zu agitiren.

Der Grund zur Auflösung der früheren Mitgliedschaft waren hauptsächlich: Die in bekannter Manier — worüber so viele unserer Parteigenossen in Bremen und anderwärts ein Lied singen können — mit Knüttelstichen und Messerstichen unterstützten öfter in Scene gesetzten Sprengungsattaquen von fanatisirten Anhängern des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins. Wir werden bestrebt sein, unsern Mitgliedern andere Begriffe über Humanität, Nächstenliebe, Brüderlichkeit und die Prinzipien der Sozialdemokratie überhaupt beizubringen, als leider eine zu große Waffe jener Männer sie besitzen. Jenen Leuten, welche unsere Versammlungen besahen, um belehrt zu werden oder zu belehren, werden diese stets geöffnet sein. Gegen Störenfriede jedoch werden wir das einzige Mittel, das Handrecht gebrauchen.

Mit sozial-demokratischem Gruß  
S. Saevete.

**Bonsdorf, 21. Oktober.** Gestern Abend hielt unsere Partei hier selbst eine Volksversammlung ab, welche von ca. 400 Mann besucht war. In das Bureau wurden gewählt: Wille als erster, Buttermann als zweiter Vorsitzender und Unterzeichner als Schriftführer. Der Referent, Herr Schuhmacher aus Köln, sprach über das Thema: „Die Diktatur und die Verheiligung des Volks an der Gesetzgebung.“ An der Hand der Geschichte wies Redner treffend nach, daß die Diktatur stets den Culturfortschritt hemme und daß, so lange diese vorhanden sei, nicht die wahre Freiheit herrschen könne. Am nun zur letzteren zu gelangen, müssen die Völker gebildet werden. Ferner müsse das Volk das Recht haben, an der Gesetzgebung theilzunehmen. Nachdem Referent über letzteren Punkt sich noch ziemlich klar ausgesprochen, forderte er die Versammelten auf, an der Bewegung theilzunehmen, und dies könne am besten geschehen durch Eintritt in die sozial-demokratische Arbeiterpartei. Letzterer Aufforderung wurde denn auch von mehreren Seiten Folge geleistet. — Vor Schluß der Versammlung sprach Herr Schuhmacher noch über die heutige kapitalistische Presse, schilderte deren Verlogenheit und Einigkeit, wenn es gegen die Arbeiter ginge, und forderte dieselben schließlich zum Abonnement auf den „Volksstaat“ auf.

Rud. Böhm, Schriftführer.

**M. Gladbach, 20. Oktober.** Da in letzter Zeit hierorts das Wallfahren zur Mode geworden, so pilgerten auch wir, Sauren, Körner, Eschen und Unterzeichner gestern zu einer Volksversammlung nach Grefrath, wo wir als Referenten eingeladen waren. Der Vertrauensmann Baum daselbst eröffnete die zahlreich besuchte Versammlung; zum Vorsitzenden wurde Sauren gewählt, zum Beisitzenden Eschen aus Borschemig und zum Protokollführer Schröder aus Säckeln. Als Tagesordnung war aufgestellt: „Der Parteikonferenz und die Reichstagswahlen.“ Referent: Obermann aus Grefel. Obermann lehnte das Referat ab, und zwar aus dem Grunde, weil Sauren als Delegirter der Mitgliedschaft Grefrath anwesend sei, und derselbe Bericht über den Parteikonferenz zu erstatten habe. Es entspann sich eine Geschäftsordnungs-Debatte. Sauren bemerkte, daß es unstatthaft sei, in einer Volksversammlung über den Kongress, über welchen nur in den Mitgliedschaften gesprochen werden könne, Bericht zu erstatten, daß er trotzdem aber nicht abgeneigt sei, auch in der heutigen Versammlung die Erfahrungen, die er auf dem Kongress gemacht, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, wenn die Versammlung dieses wolle und ersuchte er Herrn Obermann nochmals, sein Referat zu übernehmen. Hierauf brachte Körner (M. Gladbach) den Antrag ein, den vorstehenden Punkt der Tagesordnung als ersten Punkt zu streichen, hingegen die bevorstehenden Landtagswahlen als Punkt 1 gelten zu lassen. Die Versammlung stimmte diesem Antrage bei. Körner übernahm das Referat, beleuchtete in einer langen Rede die Uebelstände des Dreiklassen-Wahlsystems, aus welchem der Landtag hervorgehe, und unterwarf die bestehenden Parteien einer gründlichen Kritik. Die Rede des Herrn Körner wurde mit dem größten Beifall aufgenommen. Hierauf brachte derselbe folgende Resolution ein, welche von der ganzen Versammlung einstimmig angenommen wurde. „In Erwägung, daß die Landtagswahlen eine rein reaktionäre Institution und lediglich dazu angethan sind, das arbeitende Volk mundtot zu machen, erklärt die Volksversammlung, gegen jedwede Klassenwahl protestirend, sich der Abstimmung bei derselben zu enthalten, und ist der Gewählte nur als Vertreter der Bourgeoisie und deren Verbündeten der Reaktion zu betrachten. Die Volksversammlung verpflichtet sich aber, bei der nächsten Reichstagswahl mit aller Energie jedoch nur für einen Arbeiter-Kandidaten einzutreten.“ Nachdem Sauren über den Kongress berichtet, sprach noch Obermann über die Reichstagswahlen. Hierauf nahm Ab. Eschen das Wort, ermahnte die Anwesenden, sich zu organisiren und wies auf die Nothwendigkeit festen Zusammenhaltens bei den bevorstehenden Reichstagswahlen hin. Redner betonte ganz besonders die Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung der Kandidatur Saurens für den Kreis Kempen, weil bei Ablehnung derselben Zersplitterungen entstehen könnten. Zudem liege auch kein Grund vor, von der Kandidatur Saurens abzustehen, und ganz besonders, weil derselbe vom Kongress wäre offiziell ernannt worden. Vor allen Dingen sei es aber Pflicht der Mitgliedschaften, sich den Kongressbeschlüssen zu fügen und nur den Ausschuß der Partei als Exekutiv-Behörde anzuerkennen. Dem Redner wurde der ungetheilteste Beifall. Nachdem sämtliche Redner zur Einzeichnung in die Parteilisten und zum Abonnement auf den „Volksstaat“ die Anwesenden, und zwar nicht ohne Erfolg, aufgefordert hatten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Mit demokratischem Gruß  
Joh. Johnson.

**Aus Baiern.** Am Kopfe der von dem 48er „Demokraten“ Jengel redigirten sozialdemokratischen „Nürnberger Presse“ vom 20. Oktober befindet sich das Ideal eines denunziatorischen Washzettels, betitelt „zur Arbeiterfrage.“ Eingangs desselben sind eine Anzahl Peinruthen gelegt, um — Sempel zu fangen; man höre: „Es möge hier alsbald angemerkt werden, daß wir in dem Entstehen dieser Bewegung (Arbeiterbewegung) einen Fortschritt erblicken.“ (Ganz damit einverstanden, Washzettel.) „So viel Schönes und Nützliches auch in den Arbeiterbildungsvereinen früherer Zeit erstrebt und erreicht wurde, so trafen diese Bestrebungen doch den Kern der Sache nicht genug.“ Sehr vernünftig gesprochen für einen — Washzettel!

„Man muß daran festhalten, daß derjenige Zustand, in welchem bestimmte, thätigkeits vorhandene Interessentkreise (ein neues Wort!) nicht zum Ausdruck kommen, ein ungesunder ist, u. s. w.“ „So unlieblich die Arbeiterbewegung auch den meisten Nichtarbeitern sein mag u. s. w.“ Jetzt kommt aber das Ideal alles bis heute geschriebenen Blödsinn: „Insofern kann man also den von Lassalle gegebenen Anstoß als eines derjenigen Dinge betrachten, welche, widerwärtig und gemeinschädlich wie sie in sich sind, dennoch einer innern Nothwendigkeit der Entwicklung dienen.“ Das heißt also: das was einer innern Nothwendigkeit der Entwicklung dient, ist widerwärtig und gemeinschädlich!!! „Daß nun zugleich (d. i. neben der Arbeiterfrage) eine Arbeiterbewegung da ist, verschärft und vergiftet die Arbeiterfrage nach mehr als einer Seite hin, aber es hat die gute Wirkung, ein Uebersehen (!) und Mißachten (!) dieser hochwichtigen Kulturfrage unmöglich zu machen, und überdies läßt es (?) an den Erwägungen und Lösnungsbestrebungen der Gesellschaft die Hauptinteressenten, die Arbeiter selbst, angemessenen Theil nehmen (klingt sehr gültig, ist aber nicht wahr) und verhindert dadurch eine einseitige Inangriffnahme. So roh (!) und unschön (!) gerade dieses leztgedeutete Schwergewicht sein mag, so unentbehrlich ist es u. s. w.“ Also daß der Interessent Antheil nimmt, das ist roh und unschön! Klingt das nicht verrückt? Ein Beispiel: daß die Börseinteressenten an den Krachs Antheil nehmen, ist roh und unschön. Daß es für diese Wesellen unschön war, glauben auch wir.

Der zweite Abtag des Washzettels fängt sehr interessant an: „Es ist ein vollständiger Entwicklungsengang, (soll wohl Reptilienhütungsgang heißen?) den Einsender dieses während der zehn Jahre deutscher Arbeiterbewegung an sich selbst beobachtet hat.“ In diesem Abtag wird dem deutschen Volk vor der „Kommune“ bange gemacht, aber wem noch? auch der Sozialdemokratie. Man höre: „Das deutsche Volk ist in einem geistigen Aufschwung (!) begriffen u. s. w. Irren wir uns aber in diesem Punkte, dann allerdings sind unsere Hoffnungen auf Saub gebaut — natürlich diejenigen der Sozialdemokratie nicht minder (!), denn dieselbe geht naturgemäß (!) mit dem Sinken eines Volksthumus unter den Ersten zu Grunde“ (soll wohl heißen in die Höhe?)

Der dritte und letzte Abtag fängt also an: „Nun kommen wir aber zum Kernpunkt“ (nämlich der Denunziation). „Jede Nummer des „Volksstaat“ wimmelt von Darstellungen, denen zufolge die soziale Revolution überall eine schlechthin berechtigte und eine in allen Ländern solidarische (ganz gewiß!) ist. Dem muß ein Ende gemacht werden. Aha, und um dieses zu sagen, so viel tolles (Scheißer!) Wir werden des schrecklichen Gefellen Herr werden.“ Alles Andere ist zwecklos. „Ein Staat und eine Gesellschaft, welche sich gegen solche Angriffe nicht zu schützen wissen, geben sich selbst auf.“ Das nennt man den Staat um Hilfe nothdürftigen, wenn so brav denunzirt wird!

(Wir gratuliren Herrn Jengel, daß er endlich als „Saubirt“ offen Farbe bekant und empfehlen ihm, falls er um weitere Denunziationen verlegen sein sollte, Herrn Julius Schulze in Mainz.)

### Briefkasten

der Redaktion. Es gehen uns fortwährend noch Briefe zu, welche verlangen, daß wir den bekanteten Anruf zur Bildung deutscher Arbeitervereine (worum der „Volksstaat“ angegriffen und ihm vorgeworfen wurde, er habe die „deutschen Arbeiter“ als „Saubirt“ bezeichnet) abfertigen sollen. Sonneberg und Lersch sind die Letzten, die dies verlangt haben; Sonneberg hat sich, als nicht so leicht eine Aenderung erfolge, an den Aufsatz gewandt. Wir meinten er würde, den „Volksstaat“ doch künftig genauer zu lesen, denn wir haben den bekanteten Anruf der in vielen Blättern gleichlautend erschienen, schon in Nr. 93 des „Volksstaat“ in der „politischen Uebersicht“ besprochen. Damit dürfte die Sache erledigt sein. D. H. in Berlin: Besten Dank und Gruß. Die verlangte Adresse ist: Stud. St. Lernerstraße Leipzig. Redaktion der „Hoyer Zeitung“: Seit längerer Zeit erhalten wir Ihr Blatt nicht mehr.

der Expedition. Rgr. Frankfurt Schrift. 20 Gr., Dll. Cuccage Schrift. 10 Gr., Arb. Verein Großschlocher Ann. 14 Gr., Schr. Thlr. 1 1/2, H. M. Altona: Schr. 1 Thlr. Ann. Thlr. 1 6, W. Wite Düsseldorf: Schr. 3 Thlr., W. H. Regensburg: Schr. 11 Gr., F. Lottis Witten: Ann. 16 Gr., Maurergewerksch. hier Ann. 5 Gr., J. Wll hier Ab. 4. Du. 25 Thlr., Böhm hier: Schr. 3 Gr., Herrn Jittau: Schr. 3 Gr., Teimn Berlin: Schr. 4 Thlr. Ann. 10 Gr., F. Schlr. Pansa: Schr. Gr. 3 8, Hpt. Leipzig: Ab. 6 Gr., G. Rdr. Reudorf: Ann. 26 Gr., Th. Wll. Mainz: Ann. Thlr. 2 8 8, Arb. Part. Stuttgart: Ann. 19 Gr., Schneid.verein daselbst Ann. 12 Gr., Schuhmacherverein das. Ann. 3 Gr., B. Hf. Erfurt: Ab. Oct. Thlr. 4 24, E. Wll. Glauchau: Ab. 3 Du. 57 Thlr., Hlch. hier: Schr. Thlr. 1 2 5, Odm. Hamburg: Ann. 5 Gr., Png. Jiegshain: Schr. Thlr. 1 6, Werschde. Leseverein Schr. 9 Gr., Sattlerverein Berlin: Ann. 22 Gr., Tabakarbeiterverein Breslau: Ann. 7 Gr., Arb. Partei das. Ann. Thlr. 1 28, Ver. Gelligkeit Ann. 20 Gr., Rest Ann. Thlr. 1 26, E. Urb. Forste: Schr. Thlr. 1 6, J. Wll. hier: Schr. 5 Thlr., Dr. J. Speyer Schr. 4 Gr., Edrt. Meerane: Schr. Thlr. 2 20, B. Pann. Essen: Schr. Thlr. 3 3 5, Khl. Dtmweiler: Schr. Thlr. 1 6 5, Brbst. Budau: Schr. Thlr. 3 10, Fndst. Hannover: Ann. 3 Gr., D. Wll. Dederan: Ann. 8 Gr., E. Schm. Stollberg: Schr. 8 Gr., J. Brst. Bachum: Schr. 2 Thlr., Schr. Knittelsfeld: Ab. 4. Du. Thlr. 1 4, A. Kpl. Berlin: Schr. Thlr. 1 3, Krm. Wägen. Gladbach: Ann. 10 Gr., Th. Kld. Frankfurt a. M.: Schr. 5 Thlr., Orbig. Gießen: die Ann. kostet 6 Gr., B. G. Schy. Knittelsfeld: Sie schulden noch 14 Gr., E. Pndr. Eslingen: Die „Grundzüge der Gesellschaftswissenschaft“ kosten 25 Gr. und kann durchaus bezogen werden. Simon Gießen: der betr. Abonent soll bei der Post dort energisch reklamiren. J. Egertzer Nürnberg: Wir liefern alle von der Post reklamirten Expl. gratis nach; wir werden rechthieren.

### Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antbeilscheine bez. Antbeilsquittungen erpielden ferner: In Reichenbach A. S. 1, R. M. 1, M. L. 1, E. N. 1, C. B. 1, in Stuttgart: Th. R. 3, R. M. 1, in Leipzig: B. S. 1 Thlr.

### Altona Sozial-demokratischer Arbeiterverein.

Versammlung jeden Donnerstags Abend 9 Uhr. Donnerstag, den 6. Novbr., hat sämtliche zur Bibliothek gehörigen Bücher mitzubringen. Der Vorstand.

### Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Sonnabend, den 1. Novbr., Abends 8 Uhr: Versammlung Kämpferstraße 145, bei Deoofe. Vortrag von Herrn Giffey. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Bev.

Bon wo aus kann man die Vereinsgesetze beziehen? R. Gingel.

**Berlin** Verein für Sattler und Berufsgeossen. Sonnabend, den 1. November, Abends präcise 8 Uhr: **Generalversammlung** in Gratzwils Bierhallen, Romanbantenstraße 77—79, oberer Saal. Tagesordnung: Die heutige Geschäftsstrife. Ref.: Herr Bernstein. NB. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen und für Zuführung von Gästen zu sorgen. Demle, Vertrauensmann.

**Bremerhaven** Soj.-dem. Arbeiterpartei. Die gewöhnlichen öffentlichen Versammlungen finden von jetzt ab jeden Montag, Abends halb 8 Uhr, im Saale des Herrn Freudenthal, Marktstraße 6 (früher Gerhardt's Hotel) statt. Es werden daselbst Vorträge, sowie Vorträge aus den Werken der bedeutendsten Nationalökonomie gehalten und sind dazu eingeladen alle, welche irgend welches Interesse an der heutigen soj. Bewegung zu besitzen vermeynen. Der Vertrauensmann. [2a

**Breslau** Soj.-dem. Arbeiterpartei. Montag, den 3. Novbr., Abends 8 Uhr: **Öffentliche Versammlung** im Saale des Gasthauses „Zum Vater Rhein“, Huben- und Lehmgartenstraßen-Ecke. — Tagesordnung: „Die Entstehung und Fortentwicklung des Eigenthums“. Vortrag, Diskussion und Fragenbeantwortung. Die Parteigenossen werden aufgefordert vollständig und pünktlich zu erscheinen und soviel als möglich Gäste mitzubringen. Der Vertrauensmann.

**Hamburg** Sozial-demokratische Arbeiterpartei. Montag Abend Versammlung bei Hansch, Schauenburgerstraße. — Die Hamburger Einigungsbestrebungen. Ref.: Praas. Gäste haben Zutritt. A. Weib.

**Leipzig** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Freitag, den 31. Oktbr., Abends punkt 6 Uhr: **Ausschussung** bei Zedler.

Sonnabend, den 1. November, Abends 8 Uhr: **Gewerkschafts-Versammlung.** Tagesordnung: Arbeitsnachweisungsbureau. Fragekasten. Der Bevollm.

**Stollberg** Bezirksversammlung der sozial-demokratischen Arbeiterpartei im 19. Wahlkreise. Es ist dringende Nothwendigkeit, ebenso muß es Hauptaufgabe aller sozial-demokratischen Parteigenossen im 19. Wahlkreise sein, sich zu organisiren und Vorträge zum Wahlkampf zu den uns immer näher rückenden Reichstagswahlen zu treffen. Zu diesem Behufe soll Sonntag, den 9. November, von Vormittag halb 11 Uhr, im Gasthof „Zum weißen Roß“ eine Bezirksversammlung abgehalten werden. Tagesordnung: 1) Wahl und Bestimmung des Centralorts. 2) Wahl eines Wahlpropagandacomitês. Wir erwarten daher von allen Parteigenossen aller Orts im 19. Wahlkreise, daß sich es selbst zur Aufgabe machen die Bezirksversammlung zu besuchen und ergebt nochmals die dringende Aufforderung an alle Vertreter zahlreich sich einzufinden um über unsere Zustände überhaupt zu berathen. Das Comitê.

Sieben ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Expedition des „Volksstaat“ zu beziehen:

## Der Volksstaat-Kalender für 1874.

Inhalt: Calendarium. Biographischer Kalender. Die Schlacht um den Birkenbaum. Eine Parabel von St. Simon. Noth. Französischer Arbeiter. Robert Owen, ein Charakterbild. Der Banker von Klashaufen; historische Erzählung von Robert Schweichel. Preis pro Stück ohne Stempel 3 Ngr. 5 Pfg., Preis pro Stück mit Stempel 4 Ngr. Bei Abnahme von 12 Stück und darüber 3 Ngr. exclusive Stempel. Bei Baarzahlung außerhalb Sachsen 24 Stk. 2 Thlr. für Sachsen incl. Stempel 2 Thlr. 12 Gr. An uns unbekantete Besteller wird nur nach vorheriger Einsendung des Betrages in baar oder Reichsbriefmarken oder gegen Postvorschuß versandt.

Sieben ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienen und durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu beziehen:

## Chaten des deutschen Reichstages und der Landtage.

Recht einem Anhang, enthaltend: 1) Winke für die Agitation, 2) die wichtigsten Bestimmungen der deutschen Vereins- und Versammlungsgesetze, 3) des Reichswahlgesetzes, 4) der Reichswahlgesetz-Verordnung, 5) des deutschen Strafgesetzbuches, 6) Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 7) Liste der bei „Gründungen“ hervorragend beteiligten Reichstags- und Bundesratsmitglieder. Preis pr. Stück 3 Sgr. (10/2 Kr. fädd.), im Dugend pr. Stück 2 Sgr. 5 Pf. (9 Kr. fädd.), gegen baar oder Postvorschuß im Dugend pr. Stück 2 Sgr. (7 Kr. fädd.)

[46] Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

## Die 10. Lieferung

### Leipziger Hochvertrathsprozesse.

Preis per Exemplar 2 Sgr. 5 Pf. Da von den früheren verhandten Lieferungen mehrfache Retournerungen stattfanden, so machen wir hiermit bekant, daß von Lief. 10 nur an jene Besteller versandt wird, die ihren Bedarf uns neuerdings bekant geben, oder dies in den letzten 4 Wochen gethan haben. (30)

## Die Buchhandlung des „Volksstaat“.

Sieben erschien im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei und ist durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu beziehen:

## Protokoll des fünften Congresses

der sozial-demokratischen Arbeiterpartei abgehalten zu Eisenach am 23., 24., 25., 26. u. 27. August 1873. Preis pro Expl. 3 Sgr. (10/2 Kr. fädd., 15 Kr. österr. W.)

[4c]

## Zur allgemeinen Kenntniß

bringen wir, daß Inserate für die nächste Nummer nur bestimmte Aufnahme finden, wenn das betr. Manuscript einen Tag vorher, also Montag, Mittwoch oder Freitag mit der letzten Postmittagspost (11 Uhr) in unseren Händen ist.

Inserate bitten wir an uns zu adressiren.

## Die Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: verantw. Redakteur: Casper. (Redaktion und Expedition Zeitungsstr. 44.) Druck und Ver. der Genossenschaftsbuchdruckerei.